

<p style="text-align: center;">Spanien in Europa Historischer Hintergrund. Gegenwärtige Probleme</p>
--

1. Es gehört zur europäischen Vielfalt, daß die verschiedenen Staaten unseres Weltteils nicht in gleichem Grad und Ausmaß "europäisch" sind. Die Beziehung eines jeden europäischen Staates zu Europa als einem Ganzen hat ihre eigene Prägung, Dies erklärt die unterschiedliche Einstellung der verschiedenen Staaten sowie die Antworten auf die allen gestellten Fragen.

Es ist auf den ersten Blick klar, daß die geographische Lage dabei eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle spielt. Die Staaten, die sich durch ihre maritime Lage auszeichnen, unabhängig davon, ob sie an das Mittelmeer oder den Atlantischen Ozean grenzen, sind nicht so typisch "europäisch" wie die Binnenländer Europas. Ihre maritime Lage hat ihnen überseeische, außereuropäische Beziehungen ermöglicht, die den Binnenstaaten versagt blieben.

Von nicht geringerer Auswirkung ist die historische Entwicklung dieser maritimen Staaten sowie der mehr oder weniger große Einklang ihrer Entwicklung mit der des übrigen Europa und das dabei im Laufe der Zeit entstandene Bild ihrer europäischen Nachbarn, welches schließlich von Generation zu Generation weitervermittelt wurde. Auch wenn dies alles einem steten Wandel unterlag, beeinflusste es doch die Entwicklung dieser Staaten, die sie heute als weniger "europäisch" erscheinen läßt als die Binnenstaaten.

Was Spanien betrifft, ist das Verhältnis zu Europa durch diese zwei Faktoren - geographische Lage sowie historische Entwicklung - tiefgreifend geprägt worden, und zwar in einem doppelten Sinn.

Spanien liegt wie auch Portugal am südwestlichen Rand Europas und damit an dessen Peripherie und ist ebenso wie Frankreich von seiner maritimen Lage geprägt, was einen wesentlichen Einfluß auf seine historische Entwicklung hatte. Die kulturellen Wurzeln Spaniens reichen zurück bis zu den Phöniziern, den Griechen, den Karthagern und den Römern. Auf die Römer geht nicht zuletzt die spanische Sprache zurück und auch die Verbreitung des Christentums in Spanien ist kulturelles Erbe der Römer. Spaniens Kultur wurde aber auch durch die Germanen, besonders die Westgoten, beeinflusst. Als die südlichste

Küste des römischen *mare nostrum*, die nordafrikanische Küste, von den moslemischen Arabern erobert wurde und diese zuletzt auch den größten Teil der Iberischen Halbinsel okkupierten, nahm schließlich auch die morgenländische Kultur Einfluß auf die Spaniens. So nahm Spanien im Mittelalter eine Sonderstellung innerhalb des abendländischen Christentums ein.

Spanien nahm auch an der *Reconquista*, der Wiedergewinnung der verlorenen christlichen Gebiete, vollen Anteil. Insbesondere Südspanien wurde so in den Konflikt zwischen Pabst und Kaisertum involviert und nahm auch an den Kreuzzügen teil (die *Reconquista* war einem "inneren Kreuzzug" ähnlich, an dem auch Ritter von jenseits der Pyrenäen mitwirkten). In Nordspanien hatte die Reconquista dagegen schon früher zum Erfolg geführt: hier kam es zu zahlreichen Klostergründungen und Pilgerfahrten nach Santiago de Compostela; das Land erlebte eine Blüte der romanischen und gotischen Kunst. Demgegenüber stand der Süden Spaniens noch stark unter dem Wirkkreis der arabischen Kulturwelt.

Anders als Spanien befanden sich die italienischen Stadtstaaten nicht unter einem derart großen multikulturellen Einfluß: sie hatten enge Kontakte zu Mitteleuropa und beherbergten überdies mit Kaiser und Pabst die beiden höchsten "Ämter" des Christentums. Sie leisteten auch den Franken bei ihren Kreuzzügen nach Palästina einen - oft fragwürdigen - wirtschaftlichen Beistand.

Bei all den kontroversen Beziehungen zur islamischen Welt hing die spanische wie auch die portugiesische Geschichte fortwährend eng mit der Nordafrikas zusammen.¹ Insbesondere Kastilien und Portugal versuchten im Zuge der *Reconquista* das Christentum auch in Nordafrika zu verbreiten; auf Dauer konnten sie jedoch nicht mehr als einzelne Hafenstädte unter das christliche Banner bringen. Aus dieser "vorkolonialen" Zeit stammt der spanische Besitz von Ceuta und Melilla an der marokkanischen Küste des Mittelmeers.²

Vergleicht man die Situation Spaniens mit der der skandinavischen Staaten, so stellt man fest, daß es sich hierbei zwar auch je um ein *finis terrae* Europas handelt, also ein Land in der Peripherie Europas, daß diese Staaten allerdings aufgrund des politischen Vakuums im Norden keine fortwährenden außereuropäischen Beziehungen unterhalten konnten.

¹ hier v.a. Marokko

² Ceuta wurde 1415 von den Portugiesen erobert und ist seitdem ununterbrochen in iberischen Händen geblieben. Nach der unter Philipp II. 1580 erfolgten Personalunion Portugals mit Spanien blieb die Stadt bei der Trennung der Königreiche 1640 bis heute unter spanischer Herrschaft. Melilla wurde vom spanischen Oberbefehlshaber Andalusiens, dem Herzog von Medina-Sidonia im Jahr 1497 besetzt, dessen Haus seine Rechte 1556 an die Krone zederte.

Die Verquickung der geographischen Lage mit der historischen Entwicklung Spaniens wird besonders deutlich bei der Entdeckung der neuen Welt. Besonders durch die periphere, maritime Lage wurde Spanien³ die Eroberung (*conquista*) und Ansiedlung des mittleren und südlichen Teils der Neuen Welt sowie Mexikos möglich. Damit hat Spanien diesen Gebieten über das koloniale Zeitalter hinaus seinen Stempel in religiöser, kultureller und sprachlicher Hinsicht aufgedrückt, womit eine Verbindung entstand - Hispanoamerika - ,die nur im Falle Portugals mit Brasilien sowie Englands mit Nordamerika ihresgleichen findet.

2. Wendet man sich der innenpolitischen, sozialen und kulturellen Entwicklung Spaniens zu, erkennt man schnell, daß sie im Vergleich zur historischen Entwicklung in West- und Mitteleuropa besonders prägnante Züge aufweist.

Vom 16. bis hinein in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts, zur Zeit des Hauses Habsburg⁴, erlebte Spanien die Blütezeit seiner Kultur und hatte in Europa eine Vormachtstellung inne. Es war dies die Zeit der *prépondérance espagnole*⁵. Karl I. in Personalunion mit dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, und Phillip II. im Bündnis mit demselben führten diese Monarchie zum Höhepunkt ihrer Herrschaft.

Die allgegenwärtige Präsenz Spaniens in der Politik Europas und den zunehmenden Beziehungen zu den Ländern in Übersee stand im Zeichen eines Umbruchs. Im Spätmittelalter geriet die *Res publica christiana* in eine schwere Krise - Grund war die Reformation. Europa begann sich zu dem System souveräner Staaten der Neuzeit zu entwickeln. Alldem - der Reformation wie auch der Herausbildung eines moderneren europäischen Staatsgefüges - trat Spanien entgegen, um diese Veränderungen zu hemmen oder aufzuhalten. Das militärisch-bürokratische Gerüst der *Monarquía hispánica*, der "spanischen Monarchie", wie die Personalunion der den spanischen Staat bildenden Königreiche und Territorien genannt wurde, war sehr komplex aufgebaut. Der kalabresische Dominikaner Thomas Campanella (1568-1639) - also ein nichtspanischer Untertan der Monarchie - wurde später Haupttheoretiker dieser potentiellen übernationalen Weltmonarchie, die zum eifrigen Vorkämpfer des Katholizismus und Werkzeug der Gegenreformation wurde. Trotz Spaniens hemmendem Einfluß vollzog sich schließlich die Entwicklung zum modernen europäischen Staatensystem, für das im Westfälischen Frieden

³ unter der Führung Kastiliens

⁴ in Spanien als *Casa de Austria* bzw. *los Austrias* bekannt

⁵ so die Bezeichnung in den französischen Geschichtsbüchern

von 1648 der Grundstein gelegt worden war, unaufhaltsam.. Dies mußte selbst ein Zeitgenosse wie der Diplomat und politische Denker Diego Saavedra Fajardo (1584-1648), der u.a. in Münster bei den Verhandlungen anwesend war, in seiner polemischen, antifranzösischen Schrift über die "Narreteien Europas" (*Las locuras de Europa*) tief betrübt zugeben. Signifikant für Spaniens Haltung dem „neuen Europa“ gegenüber ist, daß es den Westfälischen Frieden nicht unterzeichnete, sondern den Krieg gegen Frankreich weiterführte. Erst der Pyrenäenfrieden 1659 machte deutlich, daß Spanien seine Stellung als Großmacht immer weniger behaupten konnte.

Die Konsequenz des gewaltigen Umbruchs in Europa war eine äußerst skeptische und mißtrauische Haltung der letzten spanischen Habsburger dem neuen, konfessionell gespaltenen Europa gegenüber. Infolge des spanischen Erbfolgekrieg (1701/1714) entwickelte sich zwar eine liberalere Haltung unter den Bourbonen am Hof und in den höheren Schichten der Bevölkerung. Die Distanz zwischen der spanischen Geisteswelt und der des restlichen Europas blieb jedoch im Grunde anlässlich der einsetzenden Aufklärung weiter bestehen. Zur Zeit Karl III. blühte im Schoß der intellektuellen Minderheit eine gemäßigte aufklärerische Gesinnung, die aber nicht verhindern konnte, daß Spanien auch weiterhin eine Zufluchtstätte eines sich überlebenden Obskurantismus blieb.

Trotz der Abhängigkeit des spanischen Hofes vom französischen kam es nach und nach schließlich doch in außenpolitischer Hinsicht zu einer allmählichen Öffnung Spaniens dem übrigen Europa gegenüber. Maßgebend waren hierbei die „Familienpakte“, die von den Bourbonen zwischen den Höfen von Paris und Madrid geschlossen wurden.

Das Verhängnis dabei war, daß diese inzwischen immer mehr gewünschte Annäherung Spaniens zu Europa in brutaler Weise unterbrochen wurde. Verantwortlich dafür war nicht so sehr der Ausbruch der französischen Revolution als vielmehr das skrupellose Vorgehen Napoleons. Er erzwang die Abdankung Karl IV. sowie die Übergabe der Krone von Ferdinand an sich selbst. Dieser Entwicklung war tatsächlich für die "Anhänger der neuen Ideen", unter ihnen vor allem die "französisch Gesinnten" (die *afrancesados*) verhängnisvoll, auch wenn sie mit dem Usurpator oder seinem von ihm zum König von Spanien erhobenen Bruder Joseph nicht kollaboriert hatten.

So erlebte Spanien den Übergang in das 19. Jahrhundert unter gegensätzlichen Vorzeichen: es war ein Schwanken zwischen der Aufnahme der liberalen Ideen im Namen des Fortschritts

(so besonders in der Verfassung von Cadiz von 1812) und ihrer Zurückweisung im Namen des nationalen und religiösen Integritismus (der im 19. Jahrhundert die drei "Karlistenkriege" ausgelöst hatte). Dieses Spannungsfeld zwischen Hinwendung zum „modernen Europa“ und zugleich dem Versuch, das Alte zu bewahren erklärt die bewegte Geschichte Spaniens in den letzten zweihundert Jahren sowie die Vielzahl der aufeinander folgenden Verfassungen und Staatsstriche, die sie charakterisieren.

Die einzig dauerhafte und verfassungsmäßig ausgeglichene Periode erlebte Spanien im Übergang des 19. zum 20. Jahrhundert. Dieser als "Restauration" bekannte Zeitabschnitt folgte dem Sturz der kurzlebigen Ersten Republik (1873/1874). Nach der Wiedereinführung der Monarchie und der Verkündung der Verfassung von 1876 kam es zu einer Alternanz zwischen den zwei führenden Parteien (der konservativen und der liberalen). Diese Zeit dauerte bis zur Militärdiktatur von Primo de Rivera, die ihre Ursache in den Verwicklungen des Kolonialkriegs in Marokko 1923 hatte. Die Folgen der so entstandenen Lage, d.h., der Sturz der Monarchie und die Ausrufung der Zweiten Republik (1931), der Bürgerkrieg (1936-1939), das Franco-Regime (1939-1975), die parlamentarische Monarchie unter Juan Carlos I., sind wohl bekannt.

3. Bemerkenswert ist desweiteren, daß das Verhältnis Spaniens zu Europa auf der Ebene der Geschichtsphilosophie und der politischen Ideen im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts eine Auseinandersetzung entfesselt hat, die gewissermaßen an diejenige erinnert, die zu gleicher Zeit in Rußland Slawophile und Westler entgegensetzte.

Wie die russischen Slawophilen verteidigte vor allem Miguel de Unamuno (1864-1936) in Spanien die strenge Bewahrung der nationalen Identität. Diese Haltung findet in „Don Quijote“, dem Helden von Cervantes, als echte Personifikation des spanischen Geistes ihren klassischen Ausdruck.⁶ Ähnlich sahen andere - so Ramiro de Maeztu (1875-1936) - in der Verwirklichung der Idee der Hispanität (*hispanidad*) mit ihrem wesentlichen hispanoamerikanischen Bestandteil das vordringliche Ziel der Nation, auch wenn sie dabei von einem anderen Ansatzpunkt ausgingen. Zeugnisse dieser Art waren jedoch nichts Neues. Forderungen, die spanische „Ideologie“ anstelle der als Blendwerk angesehenen fremden Auffassungen zu erhalten, gehen bis zum Diplomaten und Schriftsteller Angel Ganivet (1865-

⁶ Vgl. darüber unseren Aufsatz in deutscher Sprache: Das politische Denken Miguel de Unamunos. Ein Beitrag zur neueren Geistesgeschichte Spaniens, in Iberoromania, Tübingen, Nr. 24, Neue Folge, 1986, S. 16-33.

1898), ja sogar bis zum großen Vertreter der spanischen Barockdichtung Francisco de Quevedo (1580-1645) zurück, der pessimistisch den Niedergang der spanischen Macht, die für ihn einem inneren Zerfall der Monarchie gleich kam, prognostizierte.

Gleich den russischen Westlern betrachtete es vor allem José Ortega y Gasset (1883-1955) als eine Notwendigkeit, daß sein Land den Anschluß an Europa nicht verliert. Er war an deutschen Universitäten Hörer gewesen und trug später in seiner berühmten Zeitschrift *Revista de Occidente* wesentlich zur Förderung der modernen Philosophie bei. Ihm war dabei eine Denkrichtung vorangegangen, die an den deutschen Philosophen Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832) anknüpfte. Dessen Philosophien wurde in Spanien von Julián Sanz del Río (1814-1869) verbreitet und übten einen tiefen und dauerhaften Einfluß, besonders im Bereich der Pädagogik und der Rechtsphilosophie, aus. Hauptvertreter dieser Strömung war Francisco Giner de los Ríos (1839-1915). In einer besonders auffallenden Weise hatte zur gleichen Zeit der Politiker, Jurist und Polygraph Joaquín Costa (1844-1911) es als dringende Aufgabe aufgeworfen, das Grab des berühmten als „Cid“ bekannten mittelalterlichen Helden Kastiliens, der auch als Sinnbild des traditionellen Spanien galt, für die Öffentlichkeit zu tabuisieren.

4. Besonderes Augenmerk verdient auch die Tatsache, daß Spanien an den zwei Weltkriegen unseres Jahrhunderts nicht teilgenommen hat. Abgesehen vom spanisch-marokkanischen Krieg 1859/1860 und dem bereits erwähnten Feldzug in der spanischen Zone Marokkos in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts, sind die letzten von Spanien geführten Kriege der "Krieg des Pazifischen Ozeans", die sogenannte *Guerra del Pacífico* (1865/1866) gegen Perú und Chile - eine Blockade der Küsten und Bombardierung ihrer Haupthäfen - und vor allem der Krieg gegen die Vereinigten Staaten (1898), der eine besonders tiefe Spur im Bewußtsein der Nation hinterlassen hat und manche Züge der konträren Einstellung vieler Spanier zu den *yanquis* erhellt. Es handelt sich bei allen Kriegen mit spanischer Beteiligung um Kriege mit außereuropäischen Mächten, und es ist auffallend, daß Spanien seit dem Freiheitskrieg gegen Napoleón (1808/14), der bekanntlich eine europäische Resonanz erlangte, keine bewaffnete Auseinandersetzung mit einem europäischen Staat geführt hat.

Im ersten Weltkrieg blieb Spanien neutral; im zweiten erklärte es sich als "nicht kriegführend". Das Franco-Regime nahm es auf sich, einen Unterschied zu machen zwischen dem Krieg der Alliierten gegen die Achsenmächte und dem Krieg der Achsenmächte gegen die Sowjetunion. Die Folge war die Sendung der sogenannten "blauen Division" an die

Ostfront. Aber in beiden Fällen blieb Spanien den Entscheidungen nach dem Kriegsende fern, und die öffentliche Meinung neigte dazu, die europäischen Fragen entweder abstrakt, vom Standpunkt des Zuschauers aus, oder (im Zweiten Weltkrieg) als Teil eines Geschehens, der wie ein Naturereignis von außen her einbricht, zu betrachten.

Wenn andere europäische Staaten, wie die Schweiz oder Schweden, sich nicht am Kriegsgeschehen beteiligten, so waren sie hinsichtlich der Situation historisch und psychologisch besser gerüstet. Sie standen auch wegen ihrer geographischen Lage dem Krieg näher und hatten eine festere Berührung zu den europäischen Kernfragen als Spanien.

Nicht weniger bedeutend war der Umstand, daß der spanische Staat in ein Spannungsfeld zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geriet. Dies war die Folge der während des Bürgerkrieges geknüpften besonderen Beziehungen der Franco-Regierung zu den Achsenmächten sowie des autoritären, nicht demokratischen Charakters des von Franco eingesetzten "Neuen Staates". eine Spannung, die kurz danach zu den Kräften überging, die für die Errichtung eines geeinten Europas im Zeichen der Demokratie kämpften und den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt Spaniens fragwürdig machte.

Die innenpolitische Entwicklung Spaniens hat also das Problem seiner Beziehung zu den Europäischen Gemeinschaften stark bedingt.

5. Daß das Franco-Regime die europäische Integration mit Mißtrauen ansah, lag in der Natur der Sache. Die europäische Integration war dagegen der demokratischen Opposition umso erwünschter, da sie gerade in ihr ein Mittel sah, den Regimewechsel zu erleichtern. In diesem Zusammenhang suchte die Regierung durch eine pragmatische Annäherung an die europäischen Einrichtungen im rein wirtschaftlichen Bereich eine internationale Stärkung ohne bedeutende politische Zugeständnisse, während die Opposition auf die politischen Bedingungen einer solchen Annäherung hinwies (so im IV. Kongreß der Europäischen Bewegung in München, 1962).⁷ Die Frage des Beitritts Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften wurde somit zu einer auch vorwiegend innenpolitischen Angelegenheit.

⁷

Vgl. darüber J. Satrustegui (Hrsg.), "Cuando la transición se hizo posible, El 'contubernio de Munich'", Madrid 1993.

Die Mitgliedschaft Spaniens im Europarat war unmöglich, da der Europarat in seiner Satzung auf die demokratische Regierungsform und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten wesentlich abstellte und Spanien diese Erfordernisse nicht erfüllte.

Deswegen suchte die Regierung die Annäherung zu den Europäischen Gemeinschaften, deren vorwiegend wirtschaftlicher Charakter die politische Situation in Spanien als unbedeutender erscheinen ließ.

Aber auch eine Assoziierung (wie die Griechenlands oder der Türkei) erwies sich als schwierig. Die politischen Bedingungen, auf deren Erfüllung die Gemeinschaften sowie die Opposition drängten, erwiesen sich als sehr viel strenger als von der spanischen Regierung erwartet. Trotz des Birkelbach-Berichts über die politischen Voraussetzungen der Assoziierung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der von der Politischen Kommission des Europäischen Parlaments angefertigt und dem Parlament während der Sitzung vom Januar 1962 vorgelegt wurde, sandte der spanische Außenminister Fernando María Castiella am 9. Februar 1962 dem Vorsitzenden des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft einen Brief mit der Bitte, Verhandlungen aufzunehmen zu dem Zweck, die "mögliche Verbindung" (*la posible vinculación*) Spaniens mit der Gemeinschaft in der für die gegenseitigen Interessen passendsten Form (*en la forma que resulte más conveniente para los recíprocos intereses*) zu untersuchen. Der Brief erwähnte als Stützpunkte dafür die "im Laufe der Geschichte wiederholt bestätigte europäische Berufung Spaniens", die "territoriale Kontinuität meines Landes mit der Gemeinschaft" und den möglichen Beitrag seiner "geographischen Lage" zum "europäischen Zusammenhalt" (*la cohesión europea*), was dem Wunsch Spaniens Anlaß gab, "eine Assoziierung zu erbitten, die zur rechten Zeit zur vollen Integration kommen kann" (*solicitar una asociación susceptible de llegar en su día a la plena integración*).

Bezeichnend für die Ansicht der spanischen Regierung ist die Tatsache, daß für sie die einzige Bedingung dieser "vollen Integration" sich lediglich auf die Fristen bezog, die die spanische Wirtschaft für ihre Anpassung zu den Forderungen des Gemeinsamen Marktes brauchte.⁸

Das Ergebnis lag erst nach acht Jahren Verhandlungen vor: es war dies der Abschluß eines Präferenz-Handelsabkommens am 29. Juni 1970.

⁸ S. den vollkommenen Text in unserem Buch "La integración europea. Idea y realidad", neue durchgesehene Aufl., Madrid 1972, Dokum. XXVIII, S. 157-158.

6. Auch in der hier behandelten Frage bedeutete Francos Tod am 20. November 1975 die Wende.

Der zwischen allen politischen Kräften und den Gewerkschaften vereinbarte Übergang zur Demokratie, die sogenannte *transición democrática*, die zur parlamentarischen Monarchie unter dem zum König erhobenen Prinzen Juan Carlos führte, ermöglichte zunächst die Aufnahme Spaniens in den Europarat und seinen gleichzeitigen Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (24. November 1977). Da damals die Demokratisierung des spanischen Staates noch nicht abgeschlossen war, kann diese Tatsache als ein Zeichen des Vertrauens seitens des Europarates sowie als der Wunsch, damit die politische Entwicklung in Spanien zu ermutigen, gedeutet werden. Dieser Aufnahme folgte am 12. Juni 1985 der Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften, und zwar am gleichen Tag wie Portugal, wo ein früher begonnener, ähnlicher Übergang zur Demokratie stattgefunden hatte.

Kurz nachdem die Mitgliedschaft Portugals und Spaniens⁹ zu den Gemeinschaften am 1. Januar 1986 in Kraft getreten war, wurde die Einheitliche Europäische Akte in Luxemburg (Februar 1986) unterzeichnet, die eine wesentliche Vertiefung der gemeinschaftlichen Strukturen festlegte. Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 geht dagegen über den gemeinschaftlichen Rahmen hinaus und stellt die Mitgliedstaaten, unter ihnen auch Spanien, vor Entscheidungen, die für die Zukunft dieses Weltteils von unerhörter Tragweite sind.

Die Stellungnahme Spaniens zu den Problemen der Europäischen Union, wie vorher zur Europäischen Gemeinschaft, ist weiter durch die historischen Voraussetzungen bedingt, die eingangs dargestellt wurde.

Spanien zeigt auch heute noch eine besondere Affinität zu einer hispanoamerikanischen Gemeinschaft. Dies gab zu zwei Konferenzen der Staatsoberhäupter der betreffenden Staaten Anlaß, die sich vor allem auf dem Gebiet der Pflege der gemeinsamen Sprache mittels des periodischen Zusammentreffens von Vertretern der verschiedenen "Akademien der Sprache" (der *academias de la lengua*) eine gewisse institutionelle Grundlage gegeben haben. Dennoch

⁹ Der Reihe nach wurden die Beitrittsverträge beider Staaten am 12. Juni 1985, vormittags in Lissabon und nachmittags in Madrid, unterzeichnet.

darf dabei der Vorrang der Interessenverflechtung mit den europäischen Partnern nicht aus den Augen verloren werden.

Die Distanz, mit der die spanische öffentliche Meinung die außenpolitischen Fragen betrachtet, hat bewirkt, daß keine gründlichen Debatten über das Wesen der Union sowie die Mitgliedschaft und ihre Folgen für die Zukunft Spaniens stattgefunden haben. Da praktisch alle im Parlament vertretenen Parteien die Integration Spaniens in Europa befürworten (allerdings mit der Forderung einer unterschiedlichen Orientierung ihrer Grundabsichten seitens der Vereinten Linken, der *Izquierda unida*), ist der Vertrag von Maastricht - abgesehen der Vorbehalte dieser Fraktion - ohne die geringste Schwierigkeit im Parlament nach einer kurzen Sitzung ratifiziert worden.

Auch die notwendige, schlichte Änderung eines Paragraphen der Verfassung in bezug auf das Wahlrecht der in Spanien ansässigen Bürger anderer Mitgliedstaaten der Union bei den Gemeinde- und Europawahlen wurde ohne Probleme durchgeführt. Dies war allerdings leicht, da die Verfassung diesen Bürgern bereits das aktive Wahlrecht gewährte, so daß nur das passive Recht, das Recht, gewählt zu werden, hinzugefügt werden mußte. Dieser Umstand war psychologisch wichtig, da in Spanien die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung nach der kurzen Zeit ihres Bestehens Bedenken hervorrief.

Schließlich wenden wir uns noch der Einstellung der spanischen öffentlichen Meinung in bezug auf Europa zu. Prinzipiell stellt man in der öffentlichen Meinung eine Befürwortung der Idee eines vereinten Europa fest. Das Eigenschaftswort "europäisch" wird in der Umgangssprache vielfach im Sinn des Musterhaften, des der Nachahmung Würdigen, als Synonym von "vernünftig", "zivilisiert", "fortschrittlich", "aufgeklärt", "gemäßigt", "von hohem Niveau" usw., im Gegensatz zur "iberischen" bzw. "keltiberischen" Roheit, Starrheit, Strenge, Rückgängigkeit, irrationalen Leidenschaftlichkeit usw. benutzt.

7. In Bezug auf die Struktur der Europäischen Union sind die Meinungen zwar nicht immer klar formuliert; dennoch lassen sich unterschiedliche Ansichten ausmachen. Meines Erachtens hat in der letzten Zeit die föderalistische Auffassung, die in der spanischen Sektion der Europäischen Bewegung überwiegt, in der öffentlichen Meinung stark an Gewicht verloren. Das Augenmerk wird all zu oft auf durch die Mitgliedschaft notwendig gewordenen Opfer gelenkt, die besonders in der teilweise harten Umstellung der Industrie, der Landwirtschaft und des Fischfangs zum Ausdruck kommen (der bei der Ernährungsweise der

Bevölkerung eine sehr wichtige Rolle spielt). Demgegenüber verlieren ihre Vorteile (Finanzierungen im Bereich der Verkehrsmittel, Aufnahme der Ausgleichsfonds u.a.) scheinbar an Bedeutung.

In der Frage der Erweiterung der Union zu Österreich, Finnland, Schweden und vielleicht auch Norwegen, die inzwischen kandidiert haben, teilt die spanische Regierung die Vorbehalte derjenigen, die sie erst nach einer vorherigen Kräftigung der europäischen Institutionen wünschen und außerdem in dieser konkreten Sachlage die Verschiebung des Schwerpunkts der Union zuweit nach dem Norden befürchten. Die Problematik erinnert hier an die, die während der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens vom Präsidenten der Französischen Republik, Georges Pompidou, 1969 aufgeworfen wurde als er, nach dem Rücktritt General de Gaulles dessen Veto zu ihrer Aufnahme zurücknahm: die Erweiterung (*l'élargissement*) muß mit der "Vertiefung" (*l'approfondissement*) parallel laufen, damit die auf Solidarität gefestigte Verbindung nicht geschwächt wird. In unserem Fall handelt es sich gerade um Staaten eines hohen wirtschaftlichen Niveaus, die sich nicht so sehr in Richtung der übernationalen (genauer wäre: überstaatlichen) Integration als in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit orientieren. Die heutige zweifellos heikle politische Lage nicht nur Spaniens, sondern auch Italiens und Frankreichs infolge einer bisher nicht recht überwundenen Korruption, und ihre entsprechende Schwächung innerhalb der Union, tragen dazu bei, diese Einstellung zu bekräftigen.

Um die Folgen dieser Verlagerung des Gleichgewichts im Vorgang der Entscheidungsfindung zu mildern, hat Spanien bei der Diskussion über die Neugestaltung der qualifizierten Mehrheit die These Großbritanniens geteilt, daß die sogenannte Blockademinderheit nicht entsprechend erhöht werden sollte, um so leichter die Interessen der Mittelmeerstaaten verteidigen zu können. Spanien, das als ein "Großer zweiten Ranges" unmittelbar unter den vier "Großen" in der Union gilt, folgt neuerdings einer Meinung, die das Gewicht und die Rolle der "Großen" bevorzugen will, was schließlich nur auf Kosten der "Kleineren" stattfinden könnte. Diese Tendenz hat sich gleichlaufend bei der Einführung der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament nach allgemeinem Wahlrecht, die ihm eine größere Autorität verlieh und zum allmählich erreichten Zuwachs seiner Kompetenzen führte, zu einem gewissen Grade durchgesetzt, indem der Abstand zwischen der Zahl der Abgeordneten der vier "Großen" im Verhältnis zu denen der anderen nach mehreren Änderungen dauernd zugenommen hat. Nach der durch die Wiedervereinigung Deutschlands bedingten letzten Verteilung der

Abgeordnetensitze verfügt Spanien über 64 von ihnen (gegenüber den 99 Deutschlands und 87 Frankreichs, Italiens und Großbritanniens einerseits, den 31 der Niederlande und 25 Belgiens, Griechenlands und Portugals andererseits). Eine ähnliche Zwischenstellung, die aber der höchsten Stufe näher steht als der mittleren im Ministerrat (8 Stimmen gegenüber den 10 der vier "Großen" und 5 der mittleren Staaten: Niederlande, Belgien, Griechenland, Portugal). Wegen des engeren Spielraums der Zahl der Mitglieder der Kommission ist darin Spanien mit 2 Kommissaren den vier Ersten gleichgesetzt.

Auch der geplante Beitritt von Staaten aus Mittel- und Osteuropa bleibt für die spanische Öffentlichkeit fraglich, da Spanien weder in der Vergangenheit noch gegenwärtig besondere Beziehungen zu diesen Staaten hatte. Die Priorität kam immer den Problemen des Mittelmeerraumes, vor allem Nordafrikas, und dessen Sicherheit zu.

Es ist aber das Los aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union, daß ihre besonderen Anliegen mit den Anliegen der anderen in gemeinsamer Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen im Sinn des Gemeinwohls auszugleichen sind.

Last but not least: Daß die politische Ohnmacht der Europäischen Union in der Krise der Auflösung des früheren Jugoslawien, besonders des Kriegs in Kroatien und Bosnien-Herzegovina dem Europäismus einen Uppercut gegeben hat, ist nicht zu leugnen. Die Fortdauer von entgegengesetzten und mißtrauischen außenpolitischen Stellungnahmen einer nicht nur vergangenen, sondern auch gegenwärtigen Machtpolitik der Hauptmitgliedstaaten, sowie ihre Resignation vor Ausschreitungen im Kern des Festlandes, die man als nicht mehr möglich betrachtete, tragen leider nicht dazu bei, auch in Spanien nicht, das Vertrauen zur Herstellung einer gemeinsamen Wehr- und Außenpolitik, wie sie im Vertrag von Maastricht vorausgesehen wird, zu stärken. Wie der frühere Präsident der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, zugegeben hat, hat der Krieg in Bosnien die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union mehr erschüttert als alles andere. Die Tatsache, daß sowohl die N.A.T.O. als auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihrerseits vor einer selbstproklamierten Republik der Serben Bosniens als vor einer überwältigenden Großmacht kapituliert haben, ist ein armseliger Trost, da diese Krise Europa und die von Europa proklamierten Werte an erster Stelle trifft. Die Rückkehr zur straflosen Ausübung des Gesetzes des Stärkeren und zu einer systematischen Verkennung der Menschenrechte, die die Satzung der Vereinten Nationen unmittelbar verletzen, und das ihr gegenüber passive Benehmen eines *Europe au profil bas*

ist nicht geeignet, die Vorbehalte einer breiten Öffentlichkeit hinsichtlich der Europa-Idee auch in Spanien zu beseitigen.